

# Dresdner Volkszeitung

Sitzes: Leipzig  
Redaktion & Comp. Nr. 30618. Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes. Sanktions: Gerd. Arnhold, Dresden.

Gegenpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6.00 M., durch die Post  
monatlich 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich  
8.50 M. Einzelnummer 20 Pf.  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10. Tel. 25 261.  
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10. Tel. 25 261.  
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Anzeigenpreis: die 9 gehaltenen Komparatezeile 2.00 M., Familienanzeigen  
1.50 M., die 9 gehaltene Reklamezeile 6.50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Er-  
mächtigung kostet nur im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur  
Aufnahme an vorgefertigten Tagen. Post-Briefmarkenabzug 30 Pf.

Nr. 267

Dresden, Donnerstag den 18. November 1920

31. Jahrg.

## Die Sozialisierung und ihre Gegner

Als die öffentliche Agitation für die Sozialisierung einsetzte, wußten die Gegner noch nicht, wie man am besten durch „Gegengründe“ und Gegenphrasen diese Pläne in den Augen breiter Schichten herabsetzen könne. Inzwischen haben sie es gelernt. Seit dem Herauskommen der Hohenzollern-Sozialisierungsvorschläge der jüngsten Kommission hat die Unternehmerschaft in tausend Kundgebungen die wahrhaft blendensten Einwände und Entgegnungen auf alle sozialistischen Bestrebungen produziert. Und wie geschickt sie vorgegangen sind, sieht man daran, daß sie nur noch ganz wenige Leute zu antworten wissen. Es ist Zeit, die Bedeutung einiger solcher Einwendungen zu diskutieren und ihnen die Gegengründe entgegenzustellen.

Eine höchst wichtige Frage pflegen die Gegner als ersten Einwand aufzuwerfen: „Wo ist der Beweis, daß die Sozialisierung möglich und ertragreich ist?“ Das klingt nur durchaus klug und vorsichtig und berechtigt. Kann man das etwa nicht verlangen, daß erst einmal die volle Möglichkeit und Fruchtbarkeit einer großen Wohnnahme „bewiesen“ wird, ehe man sie ergreift? Und auch in politischer Hinsicht ist diese Frage klug berechnet. Denn es werden sich immer Sozialisten finden, die ehrlich eingießen, daß man gerade dies nicht „beweisen“ kann, und mit diesem Eingeständnis klein kann die Gegenseite nochher Tausende von Leuten von der Sozialisierung abhalten, kann man aufs erfolgrächste „Stroh geben“. In Wahrheit ist die ganze Frage nach dem „Beweis“ dummkopft. Niemals in der Weltgeschichte ist etwas Zukünftiges „bewiesen“ worden, stets nur etwas Vergangenes. Es ist das Wesen des „Beweises“, daß er nur von Tatsachen ausgehen kann, nicht von Abstraktheiten.

Die Beweisfrage ist hinsichtlich der Sozialisierung höchst ungefähr so berechnigt wie hinsichtlich des Krieges. Kein Mensch hätte die phantastische Überheit, den Generalstab zu fragen: „Können Sie „beweisen“, daß wir den Krieg gewinnen werden?“ Und wenn so ähnlich gefragt wurde, hat die Heeresleitung nichts mit leicht geantwortet: „Beweisen können wir es einfach nicht! Wir können nur alle Umstände und Möglichkeiten darlegen, die es wahrscheinlich machen, daß der Krieg gut ausgeht. Wir können die gesamte Lage unter Anführung aller uns bekannten Umstände und Erfahrungen abwägen und daraufhin nach bestem Wissen und Gewissen die Ausichten bemessen und darlegen, die wir haben — daß überige ist Sache unserer Leistungsfähigkeit und des Schicksals!“ Genau so und nicht anders kann der ehrliche Sozialist reden: So sieht die Lage aus, folgerichtig will ich operieren, folgende Erfahrungen liegen vor, und darauf folge ich meine Schöpfung, meinem Wahrscheinlichkeitssatz — daß überige ist Sache unserer Fähigkeiten und des Schicksals! Aber es ist unehrenhaft, einen „Beweis“ im landläufigen Sinne zu fordern, denn ihr wißt selber ganz genau, daß es das nicht gibt; ihr könnt selber genau ebensoviel einen „Beweis“ führen dafür, daß ihr mit der „freien“ Wirtschaft den wünschbaren Erfolg haben werdet; diese ist vielmehr genau so ein „gewagtes Experiment“ wie die sozialistische Planwirtschaft!

Nicht minder tollisch geistig als die „Beweis“-Forderung ist die von den Unternehmern neuerdings oft gebrauchte zweite Wendung: „Wie können die Verantwortung für solche Experimente nicht übernehmen.“ Was ist darauf zu sagen? Erstens: Die Verantwortung gegenüber dem Volke dafür, daß im Rahmen des Möglichen Industrie- und Handelsbrandes da sei, wolltet ihr die etwa bei „freier Wirtschaft“ übernehmen? Das liege sich hören! Wir bieten folgenden Vertrag: Wenn ihr bei „freier Wirtschaft“ für die nächsten drei Jahre im Rahmen des weltpolitisch Möglichen genügend Kohlemengen schafft, soll es gut sein; aber wir können euch nur unter eurer „Verantwortung“ wirtschaften lassen, das heißt: wenn ihr nicht folgende Mengen bereitzustellen vermagt, verfallen eure Gruben ohne Entschädigung der Allgemeinheit! Denn ohne Strafe ist der Begriff der „Verantwortung“ eine Floskel. Seit Jahrzehnten habt ihr die „Verantwortung“ nur für den Profit eurer selbst und eurer Aktionäre übernommen — wenn ihr jetzt auf einmal, wo dieser Profit bedroht wird, die Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit als sittliche Forderung anerkennst, gut, dann wollen wir euch darauf festlegen.

Zweitens: Für die Sozialisierung wollt ihr die Verantwortung nicht übernehmen? Begreiflicherweise. Ein entfledeter Sozialist kann euch das nicht übernehmen, sondern muß sagen: Ihr wollt auch gar nicht. Es würde schon etwas herauskommen, wenn ihr die Sache unter eurer „Verantwortung“ in die Hand nähmt. Wir übernehmen die Verantwortung. So mühten die Sozialisten strecken. Aber die kluge Berechnung der Unternehmerschaft steht sich freilich gerade darauf, daß sie annimmt, so werden die Sozialisten nicht brechen. Und leider haben sie nicht einmal Unrecht dabei, denn gegenwärtig findet sich akter den zerstörungsfähigen Kommunisten keine größere Gruppe, geschweige denn einen Vater, die gleichsam jene Verantwortung übernehmen will. Indem die Unternehmer die Verantwortung der Gegenpartei zuschieben, weisen sie in der Tat auf den schwächeren Punkt der sozialistischen Bewegung von heute hin.

Dritter Einwand: Die Zwangswirtschaft hat sich selber erledigt; die Kriegszeit hat bewiesen, daß der Sozialismus unmöglich ist. Diese Dreistigkeit ist seit vier Jahren geschäft vorbereitet. Als die „Wirtschaftswirtschaft“ einzog (zu Wort und in höchstem Grade bureaukratisch), erkante sofort der Ruf: Das ist der Sozialismus, nun werden wir ja sehen, was dabei herauskommt. Der Ruf war falsch nur dumm, bald bemerkte verloren. Denn die Wirtschaftswirtschaft war eben nicht

## Fürstliche Millionenschieber

Genosse Hermann Müller hat als Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag folgende Interpellation eingebrochen:

„Ist es richtig, daß namhafte Kapitalverschiebungen nach dem Ausland stattgefunden haben?“

„Ist es weiter richtig, daß in Berlin die Aushebung des Bankhauses Crüger stattgefunden und vorwiegend die Befreiung der Alten und Bürger geführt hat?“

„Ist es ferner richtig, daß hierdurch eine weiterausgedehnte Kapitalflucht nachgewiesen ist, und daß dabei eine große Anzahl Mitglieder abgängig und fürstlicher Häuser, darunter auch Mitglieder des Hauses Hohenzollern, gesucht worden sind?“

Was geschieht die Reichsregierung gegen die Beschuldigten zu tun und was hat der Reichskanzler getan, um für das Reich entsprechende Vermögenswerte zu sichern?“

### Eigene Drachimeldung

Berlin, 18. November. Die Interpellation, die Abg. Hermann Müller, Frankfurt, an die Reichsregierung wegen Wechselverschiebungen von deutschem Kapital nach dem Ausland gerichtet hat, an denen eine große Anzahl Mitglieder abgängig und fürstlicher Häuser, darunter auch Mitglieder des Hauses Hohenzollern, beteiligt seien, wird schon in den allmählichen Tagen im Reichstag zur Verbreitung gebracht. Vermöglich wird das schon am Sonnabend geschehen, und Abg. Müller wird der Begründung seiner Interpellation das umfangreiche Material vorbringen, das ihm trotz der strengen Geheimhaltung durch das Reichsfinanzministerium zugänglich ist. Die Tatsachen, die Abg. Müller, Frankfurt, in seiner Interpellation behauptet sind, wie wir jetztstellen könnten, richtig. Es hat in der Poststraße bis vorstellige Logen ein Bankhaus Grüffler, Philipp von u. Co. gehabt, anschließend die Filiale einer Bankfiliale, die in Amsterdam ihren Sitz hat. Zu den Kunden des Bankhauses Grüffler u. Co. gehörten nicht nur Mitglieder des Hauses Hohenzollern und des fiktiven Hofstaates, sondern auch bekannte Namen aus der Berliner Industrie- und Handelswelt. Die Depots wurden nicht immer unter dem richtigen Namen des Besitzers geführt, sondern unter Decknamen. Eines solchen Decknamens hat sich auch einer der bekanntesten deutschen Heerführer aus dem Weltkrieg bedient. Die Summen, die auf diese Weise durch Grüffler ins Ausland, nämlich nach Holland, verschoben werden sind, belaufen sich tatsächlich auf mehrere hundert Millionen Mark. Die Aushebung durch das Bankhaus ist am vergangenen Sonnabend erfolgt. Es ist der Staatsanwaltschaft dabei gelungen, nahezu das gesamte sehr ausschlaggebende Altenmaterial zu beschlagnahmen. Grüffler selbst hatte bereits die deutsche Grenze hinter sich. Ein Haftbeschluß ist, wie wir hören, bisher nur gegen Grüffler erlassen worden, aber noch gegen keinen der Deposithalter.

Berlin, 18. November. Der Vorwärts bringt heute in seiner Überhauptrede „der Missionierung neue Mitteilungen, die aus andrer Quelle stammen, als die des Genossen Hermann Müller, Frankfurt. Das Bankhaus Grüffler hatte ursprünglich seine Filiale nur in der Budapester Straße. Da es aber den hohen Herrschäften dort zu unpassen war, wurde eine geheime Filiale in der Poststraße 16 angelegt. Die Schließungen werden schon

seit Januar 1919 betrieben. Sie beginnen mit der Veröffentlichung des Kronprinzenbriefs im Hotel Olympia, wo Grüffler eine Suite von zusammen bewohnte, waren keine Selbstbeherrschung. Am Ende des Kronprinzenbriefs im Hause des Kronprinzen. Der Hauptleiter war ein Herr von Putz, ferner ein Herr von Müller, der Adjutant des Kronprinzen, sowie ein Bechampt Dr. Wangemann. Die Gewinne, die Grüffler aus diesen Verbindungen bezogen, waren ungeheuer. So war er in der Lage, vor kurzem von einem breiten Bauhaus für 10 Millionen Ansiedlung zu übernehmen. Seine Reisen zwischen Amsterdam und Berlin legte er nur im Auto zurück. Interessant ist, daß Grüffler vor kurzem, trotzdem die Freiheit und Orden abgesetzt sind, zum Lippischen Geheimen Kommerzienrat ernannt wurde.

### Die Abfindung der Hohenzollern

Im Reichsausschuß der Preußischen Landesversammlung wurden am Dienstag grundlegende Erörterungen darüber geführt, ob die Frage der Hohenzollerabfindung berichtet werden soll, bis das von der Sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag folgende Interpellation eingebrochen:

„Das Sachsen-Abendblatt bringt die tendenziöse Meinung, daß in der Hohenzollernsache ein Ausgleich zwischen den beiden Parteien zu erwarten sei, der bereits aufgearbeitet sein soll. Von einem derartigen Ausgleich ist in der Ausschüttung, wie wir vom zweitältesten Seite erfahren, nicht das mindeste bekannt geworden. Es wurden auch keinerlei Andeutungen in dieser Richtung gemacht. Offenbar ein neuer Versuchsalter des Reichsantworts Löwenfeld!“

## Die bayerische Gefahr

Stuttgart, 18. November. Das Landesorgan der württembergischen Zentrumspartei, das Deutsche Volksblatt in Stuttgart, veröffentlicht einen Artikel, in dem auf Grund zuverlässiger Mitteilung aus diplomatischen Kreisen festgestellt wird, daß der Verband einstimmig beschlossen habe, die im Abkommen von Spa angedrohte Besetzung des Ruhrgebietes unverzüglich zu vollziehen, wenn Bayern auf der Richtableserung der Militärwaffen und der Beibehaltung der Einwohnerwehren weiterhin beharrte. An diesem Gedanken, dem auch England, Italien und Amerika zugestimmt haben, sei nicht mehr zu rütteln oder eine Ränderung zu erreichen.

### Die Tiroler Einwohnerwehren

Wien, 18. November. Wie die Arbeitergesetzgebung meldet, hat General Juccari im Namen der interalliierten Kommission den österreichischen Staatssekretär für die Heimatangelegenheiten Dr. Ritter auf das Treffen der Heimatwehren in Tirol aufmerksam gemacht und ihm erklärt, wenn die Heimatwehren nicht abgeholt würden und das arme Landes nicht abseztztigt werde, könnte sich die interalliierte Kommission genötigt sehen, die Getreidebelieferungen einzustellen. Der Staatssekretär soll diesen Protest an die Tiroler Landesregierung mit dem Bemühen weiterleiten, daß die österreichische Staatsregierung wünscht, daß das Salzach unterbleibt.

Der Sozialismus. Sie hatte mit dem Sozialismus soviel Ähnlichkeit wie ein bloßes Kinodrama „Quo vadis“ mit dem gleichnamigen unglaublichen Roman von Sienkiewicz. Die völlig ungefährliche, bureaukratische, an jeder nur denkbaren Stelle kapitalistfreundliche Kriegswirtschaft gegen die Sozialisierung auszuprobieren, das ist ein Trick, der an folgende Anekdote erinnert: Als Strategie für den Weltkrieg wurde in Athen Hermofles vorgeschlagen. Da trat der Bürger Periander auf und sagte: Nehmt nicht Hermofles, er ist der Bruder des Kratos, der den vorigen Feldzug verlor, und von dieser Familie haben wir wohl nun genug. Nun schwante dem Volksverammlung. Bis Hermofles selbst sich erhob und erklärte: Wenn mein Bruder den vorigen Feldzug verloren hätte, würde das gegen mich nichts beweisen, denn Brüder sind einander niemals gleich. Aber Kratos hat den Krieg nicht „verloren“, sondern nur „nicht gewonnen“, weil der Strategen ihn an der Durchführung seiner Pläne hinderte. Kratos ist aber auch nicht mein Bruder, sondern mein Vetter! Da wählte die Volksverammlung den Hermofles. So wie Hermofles zu Kratos verhält sich der Sozialismus zur Kriegswirtschaft! Diese ist der ungeratene „Vetter“ des Sozialismus. Das deutsche Volk ist augenscheinlich in der Lage der ethischen Volksverammlung, nachdem (der Unternehmer) Periander dreist und nötigfertig zu ihr über den Hermofles gesprochen hatte. Es scheint leider, daß „Hermofles“ in Deutschland zu Schweigen gedrängt...

Vierter Einwand: Die Arbeiterschaft will gar keine Sozialisierung, denn sie glaubt selber nicht daran; sie will eine bessere Lebenshaltung, die bieten wir ihr an in Form der Gewinnbeteiligung. Dieser strategische Zug ist ebenso klar berechnet wie die schon erörterten theoretischen „Bedenken“. Nichts, gar nichts ist für die Zukunft des Sozialismus so bedenklich wie der Gruppenegoismus der einzelnen Arbeiterschaften. Wer es mit dem Sozialismus ernst meint, wird sich heute eingestehen müssen, daß möglicherweise die sozialistische Bewegung von diesen Gruppenegoismus lahmegelegt und damit für Jahrezehnte und vielleicht Jahrhunderte behindert werden wird; denn wenn erst einmal Formen der Wirtschaft sich einbürgern, die die Lebenslage großer und wirtschaftlich wichtiger Arbeitnehmergruppen sichern und angeben möchten, dann ist die Solidarität der Arbeiterschaft vollends gebrochen. Und die Verfolgung jener einzelnen Gruppen ist unverzüglich zu bestrafen, ist wahrlich art-

nicht mehr an seinen Willen zu glauben.

Fünfter Einwand: Die Entwürfe der Sozialisierungskommission sind „organisatorische Künstelein“, undurchsichtiger Kreis, schwierig, unorganisch usw. Der Einwand ist von geringem Rang. Es unterliegt nicht jedem Urteil,

jondern es ist innerhalb gewisser Grenzen Geschicklichkeit,

siehe, ob man eine Konstruktion organisch oder unorganisch,

gefürstet oder sachdienlich-natürlich findet. Wer, wie die Unternehmer, sich am liebsten irgendeiner Gesamtregelung

überhaupt nicht unterwerfen und sich darum auch nicht in einen Plan hineindenken will, wird jeden Plan als Künstelein empfinden und dies in der Agitation fröhlich hin-auslachen.

Wir finden beide Entwürfe meisterhaft

fürs, durchdringlich, wortabgewogen, wenn wir bedenken, welches

hochkomplizierte Gebiet durch sie organisiert werden soll. Aber

freiheit, der eine findet eine Rechenmaschine ein Muster von

technischer Präzision, Klarheit und Sachlichkeit, der andere

findet nicht hincinsiv und will lieber weiter mit Flei-

mitt und im Kopf rechnen. Da letzter Linie muss, aber den

Gewand ganz anders begegnet werden. Es handelt sich um einen Vergleich zwischen sozialisierter und bisheriger Wirtschaft. Nun wird notwendig der sozialisierte Wirtschaft ein Plan untergelegt, denn sie soll ja „gemacht“ werden. Den neuen Plan kritisiert die Gegenseite auf ihre Art. Dabei zu sie ja, als habe die andre, die bisherige Wirtschaftsform, ohne Plan funktioniert, als laufe sie „natürlich“, „funktions“, „organisch“ ab usw. Das ist selbstverständlich falsch. Am Gegenteil, sie beruht auf sehr viel komplizierten, widernatürlichen, undurchsichtigen Plänen, als es die Vorschläge der Sozialisierungskommission sind. Das kann man nur solange verkennt, wie man überzeugt ist, daß der Organisationsplan der freien Wirtschaft in hunderter Einzelbestimmungen, Verträge, Gesetze, Rechte, Uebungen usw. versteckt ist. Also: der freie Wirtschaft liegt nicht ein vereinheitlichter, in einem Schriftblatt vereinigter Plan zugrunde, aber darum doch nicht Leiner!, sondern eben ein verzweilter.

Wenn man einmal zusammenstellen würde: sämtliche Erbrecht- und Besitzrechtsbestimmungen, sämtliche Verträge zwischen den Werken untereinander und den Banken, die einschlägigen Teile des Affären- und des Handelsrechts, die maßgebenden Protokolle und Beistände der Kärtelle usw. usw. — wenn man dann dieses wäre und wüste Version von Bestimmungen über den Bergbau, von Zehnern, Schlägen und Brüggen alter Art dem knappen Grundgedeck der sozialisierten Kohlenwirtschaft gegenüberstellen würde — dann erhielte würde jedermann sehen, wie ungültig direkt und erübrigten die Behauptung ist, dieses Grundgedeck sei vergleichsweise „undurchsichtig“ usw. Rein, nichts in der Welt ist so undurchsichtig, wie die „freie“ Wirtschaft, denn sie lebt vom Füllchen im Trüben. Es ist ja gerade erst die Profitwirtschaft des 19. Jahrhunderts, unter Wirtschaft geworden, welche das ganze System der Produktion in eine Drucklammer verwandelt hat, und nun lenkt sich darin nur der Unternehmer aus, der den Gewinn einstreicht, während er unter dem Titel „Gesellschaftsgeheimnis“ durch Wege und Pauschal mit Erfolg alle andern und die Weisheit von der Einheit in das Entleben der Ware und des Profits abgeschnitten hat.

Es gibt noch viele Einwände gegen die Sozialisierung, welche ähnlich zu erledigen wären wie dieser hier. Aber wir schließen sie diesmal die Kiste. Es gilt heute zu und fähig zu erkennen, daß die Unternehmenskraft nun mehr, etwa seit einem Vierteljahr, auf die wirtschaftlich gefährlichen Krisen und Zwischenfallen verfallen ist. Die Lage ist fürchterlich ernst. Weltgeschichtlich betrachtet, könnte man es vielleicht nicht so entscheidend finden, ob die Kohlenwirtschaft gerade 1921 umgestoßen wird oder fünf Jahre später; da mag es scheinen, als ob der Sozialismus, das Endstehen gewiß, warten könnte. Aber vielleicht wird jetzt die „große“ Schlacht der sozialistischen Bewegung gewonnen. Gemeißelt hat der Sozialismus als unfehlbar, den Künsten der Kapitalisten entgegenzutreten, so verliert er nicht nur bei allen kommenden jahrlichen Krediten, sondern auch bei einer großen Zahl von Arbeitern. Jetzt, nicht in fünf Jahren, haben die führenden Sozialisten zu beweisen, daß sie ihrer Aufgabe gewachsen sind. Der Kampf wird auf dem Felde der Theorie, der wirtschaftstheoretischen Ausbildungserziehung zwischen Unterstand der Sozialismus hier, so ist nicht vielleicht nicht „freiwirtschaftlich“, aber es reicht nicht sozialistisch ein Wirtschaft die Pacht freizugeben. Denn dann wird wir nicht fortwähren, sondern neue Formen erreichen werden. Nicht fehlt; auch die Unternehmenskraft ist dazu entschlossen — vor einer Woche hat Klinnes seinen Geldzugsplan zum erstenmal enthüllt. Die Aufgabe ist klar, vor auch klar. Der Sozialismus muss alles daran setzen, sich mit entscheidenden Gründen für seine Sache einzurichten; es geht nicht mehr an, nebulös zu glauben, daß ihm der Sieg infolge einer vernünftig „sozialen“ Entwicklung sicher sei. Der gefährlichste Feind des Sozialismus ist heute die Stimmung vieler Sozialisten. Wir übersehen das Fürr und Wider in der Seele der Sozialisierung nicht, aber wir haben ein Gefühl, daß die Einwände dagegen vielleicht richtig sein könnten. Sie sind nicht richtig, und wer sich nach Sozialist will nennen dürfen, hat die Pflicht, sie zu durchschauen — mit lachenden „Stimmungen“ ist die Mutter-Schlacht nicht zu gewinnen!

Wolfgang Schumann.

## Die Wendung in Griechenland

Die Wahlen für die neue griechische Regierung haben eine bedeutende Niederlage des Kreeters Venizelos und seiner Anhänger erbracht. Mit einer Abnahme sind sämliche Minister seines Kabinetts durchgesessen. Die Regierung beschloß, die endlosen Käffern abzumachen und dann „an die Stimme des Volkes zu appellieren“.

Athen, 16. November. Die Regierung hat dimissioniert. Der Regent hat Phalakis zu sich berufen. Dieser hat abgelehnt. Wahrscheinlich wird nunmehr Gunaris das Kabinett bilden.

Athen, 17. November. (Paras.) Wahrscheinlich wird die Königin Olga heute die Regierungshälfte übernehmen.

Venizelos ist endgültig zurückgetreten. Er erklärte: Ich habe meine Pflicht getan. Das Volk hat meine Politik verurteilt. Ich ziehe mich zurück. Ist das die Zeichen eines Tyrannen?

Der Führer der Mehrheit erklärte die Wiedereinführung des Königs Konstantin als vollendete Tatsache. (Es bleibt allerdings fraglich, ob die Ententemächte dazu ihre Zustimmung geben. D. R.) Das Kabinett Gunaris wird morgen den Eid leisten. Phalakis wird das Portefeuille des Reichsministers übernehmen.

Basel, 18. November. Die Genfer Suisse meldet, daß laut einer bei der dortigen griechischen Kolonie eingetroffenen Athener Deutschen sämliche griechischen Auslandsvertreter abberufen werden sollen.

## Zusammenfeste in Athen

Athen, 18. November. Der Athener Korrespondent des Tempos meldet von Zusammenfests vor dem Venezianischen Club und dem Schloss. Das Militär machte von seinen Schuhwaffen Gebrauch. Es gab viele Opfer. Die Demokratiepartei verlangt Anullierung der Wahlen.

## Land Oberschlesien

Der Reichsrat nahm in seiner Dienstlogistation den Gesetzentwurf betreffend Oberschlesien einstimmig an. — Der Reichsratsherr führte dazu aus, daß der Gesetzentwurf ein Mittel sei, um die Ausübung auf Deutschheraltung Oberschlesiens zu verhindern. Die Krone einer grundsätzlichen Anerkennung des Reichs ist nicht dadurch in leiser Seite zu erhalten. Allerdings bringt der Gesetzentwurf verschwiegene Anerkennungen, so die, daß die Neubildung des Landes vor der Abstimmung vorgenommen wird, sowie,

dass auf einer Volksabstimmung vorangehendes Volksbegehr verhindert wird. — Innerhalb zweier Monate nach der Neubildung der Verwaltung durch die deutschen Behörden soll eine Volksabstimmung stattfinden, ob ein Land Oberösterreich gebildet werden soll. Darauf wird eine oberösterreichische Landesversammlung gewählt. Die oberösterreichische Staatsangehörigkeit erwerbt alle Reichsangehörigen, die am Tage der Bildung des Landes dort ihren Wohnsitz haben, ferner alle geborenen Oberösterreicher, wenn sie innerhalb eines Jahres die Staatsangehörigkeit erwerben wollen.

## Die Festlegung der Danziger Verfassung

Athen, 18. November. Der Rat des Volkerbundes hat gestern abend eine Sitzung abgehalten, die der Danziger Frage gewidmet war. Nach der Prüfung der von dem polnischen Delegierten Paderewski und dem Vertreter Danzigs Dr. Sobczak geltend gemachten Rechtpunkte hat der Rat des Volkerbundes den endgültigen Vorlaut der Verfassung der Freien Stadt Danzig festgelegt.

## Reichskongress der Erwerbslosenräte

Berlin, 16. November 1920. Der Reichskongress, der am Sonntag in Hohenberg stattfindet werden war, trat am Montag in seine sachlichen Beratungen ein.

Zunächst referierte Sommerer, Stuttgart, über die Tatsit und Organisation der Erwerbslosenräte. Darüber liegen die Erwerbslosen mit ihrer Kampfesbestimmung der unmittelbaren Forderung für das bürgerliche Bürgertum gemeinsam und bauen, wenn sie auf die Straße gingen, die größte Macht. Diese Macht ist aber zusammengebrochen. Nun suchen wie und zu organisieren, um unsre Kraft zu heben. Aber der Sozialismus hat gerade bei den Erwerbslosen Triumphe gesiegt und ihre Kraft schwächtigt. Wir tragen hier als Vertreter einer Bewegung, die einflussreichend sein möchte für ganz Deutschland, wie ein Kämpferbündnisverein ohne jede Anteilnahme der Öffentlichkeit. Die Entwicklung der Erwerbslosenfürsorge dreht sich im Kreise. Wir stehen jetzt an demselben Punkt, wie in den ersten Tagen der Revolution. Wieder liegen die Arbeitslosen geschlossen auf der Straße. Was der Staat und bei seinem 64-Milliarden-Defizit geben kann, sind im günstigsten Fall nur verlorene Papierstücke. Wir müssen zum zügschloßen Kampf kommen. Wir müssen uns organisieren unter Anschluß an die Gewerkschaft. Wir müssen Politik treiben, denn ohne Politik gibt es keine Erwerbslosenfürsorge. Die revolutionären Arbeiter an der Seite der Arbeitlosen im Kampf gegen die konterrevolutionären Bonzen! So lautet die Parole, die zum Siege führt.

In der anschließenden Diskussion bezeichnete der Kommunist Stoetzel die geistige Spannung der Vertriebenekonferenz durch die Arbeitslosen als einen Irrgang. Schröder von der Betriebsräte behauptet, daß zwei Organeleute die Führer der sozialen Arbeitslosendemonstration im Sporthalle gewesen seien.

Es wurden sodann zwei Entschließungen eingeführt. In der einen erklärt der Kongress, daß er das geistige Vorgehen der Arbeitslosen aufstößt, sich von dieser Gruppe loszusagen. In dem zweiten Antrag erklärt es der Kongress für notwendig, daß die Erwerbslosen überall die Verbindung mit den in Frage kommenden Organisationen aufnehmen, und verlangt, daß den Erwerbslosen eine ihrer Zahl und Bedeutung entsprechende Vertretung eingeräumt wird. Als Ziel des Kampfes der Erwerbslosen wird die kommunistische Gesellschaft bezeichnet. Als Gegenwartsforderungen werden aufgestellt: Eine menschenwürdige Existenz, die durch Arbeitsbeschaffung oder Unterstützung in der Höhe des Existenzminimums der kapitalistischen Gesellschaft abgesichert werden muß, und die Aufnahme des Kampfes um die Kontrolle der Produktion.

Am Nachmittag wurde die Diskussion über die Tatsit und Organisation der Erwerbslosenfortsetzung fortgesetzt. Viele Fesseln von der R. S. D. erklärt, die Arbeitslosen seien für Berlin selbst verantwortlich, daß sie einen Stromflug für den revolutionären Kampf der Arbeitlosen beobachten. Viele Streit der Gewerkschaftsbürokraten in Berlin war die Gelegenheit geboten, sie die Proklamation des Generalstreiks. Damals hätte man die Arbeiterschaft zur Aktion bringen können, wenn nicht ein Teil der Arbeiter den Streik abgewogen hätte.

## Ein Zusammenbruch des Radikalismus

Die sozialdemokratische Pressekorrespondenz schreibt zu den Landtagswahlen: Die Arbeiterklasse hat es an Warnungs-signalen, wohin der Weg der Spaltung und des Bruderabschieds führt, bisher nicht gesezt. Der Ausfall der sächsischen Wahlen bedeutet ein neues Warnungssignal von solcher Heftigkeit, daß man sagen muß, wer dieses Signal übersieht, dem ist nicht mehr zu helfen. Sachsen, das ehemalige rote Königreich, ist als Republik nicht mehr rot! Vielleicht, daß noch eine kleine Mehrheit der Arbeiterparteien zum Schlus herausgerückt werden kann. Aber selbst, wenn sich wirklich eine solche Mehrheit von ein oder zwei Stimmen mit Händen und Würgen ergeben sollte, so würde diese Mehrheit doch nur auf dem Papier stehen, denn sie setzt sich zusammen aus nicht weniger als vier sozialistischen Fraktionen, bei denen ein geschlossenes Zusammensein nicht zu erwarten ist. Da, wie immer, die Kommunisten praktisch für die Reaktion zählen, so kann diese sich schon heute ihres Sieges freuen.

Verachtet man das Resultat der jüngsten Landtagswahlenwahlen gegen das der ersten Landtagswahl in Sachsen, so sieht es aus, als habe die Sozialdemokratie die Hauptniederlage erlitten. Vergleicht man aber die jüngsten Stimmen mit denen der Reichstagswahl vom 6. Juni 1920, so ergibt sich, daß die jüngste Wahl einen vollen Zusammenbruch des Radikalismus darstellt. Die Sozialdemokratie hat ihre Stimmenzahlen vom 6. Juni mit ganz geringen Verlusten behauptet, Verlusten, die prozentual weit geringer sind, als der allgemeine Rückgang der Wahlbeteiligung. Dagegen ist die R. S. D. die am 6. Juni fast ebenso stark in Sachsen bestanden wie die Sozialdemokratie, auf fast die Hälfte ihrer Stimmen auszunehmen gestützt. Die Parteipartung ist bei ihr zur Parteikatastrophe geworden. So hat die R. S. D. im Wahlkreis Dresden am 6. Juni 188 000 Stimmen erhalten. Jetzt kam auf die rechte R. S. D. nur noch ein Rest von 65 000, auf die linke R. S. D. 15 000. Im Wahlkreis Leipzig sind von 267 000 unabhängigen Stimmen am 6. Juni jetzt noch etwas über 190 000 übrig geblieben, von denen etwa ein Fünftel auf die linke R. S. D. fällt. Im Wahlkreis Chemnitz sind von 133 000 unabhängigen Stimmen noch nicht einmal die Hälfte, nämlich nur 65 000 übrig geblieben. Die linke R. S. D. hat es nur auf ganz schwache Stimmenzahlen gebracht und auch die kommunistische Gruppe ist klein geblieben, in ihrem Hauptort Chemnitz sogar zurückgegangen. Selbst wenn die R. S. D. im ganzen 10 000 oder 20 000 Stimmen gewinnen kann, so bleibt doch ein Totalverlust der drei linksradikalen Parteien von etwa 220 000 Stimmen gegen die leichte Reichstagswahl bestehen, das heißt ein Verlust von über 40 Prozent der damals erhaltenen Stimmenzahl.

So wird auch die Fortsetzung der Kontrolle über die Produktion noch die dem Kapitalismus verordneten Verkehrsbedürfnisse auf ein tödes Geschoß. Sind doch die Bruttostromförderungen der kommunalen Partei am letzten Mittwoch in einem Bruttostrom der Fabrikanten gezeigt worden.

Die Erwerbslosen Deutschlands und die Gewerberen werden wohl kaum, Elbing: Dies Nation muss auf den Generalstreit ausgebaut werden. Die Revolution ist ja in der Hauptstadt nicht aus, als eine Wagnisfrage. An diesem Punkt muss eingreifen meist Rosenauer, Vorstand der bürgerlichen Gewerkschaften. Märt darauf: Wenn die Partei politisch nicht aus den Beziehungen des Kongresses ausgeschaltet wird, werden ich und meine Gewerberen darüber mir im Sinne des Wahlergebnisses entscheiden. In der nächsten Diskussion wird bestimmt, ob Arbeiterschaften möglichen Wahlkreis ihrer Angelegenheiten auch in den Gewerberäumen die Macht auf allen Mitteln an sich bringen.

Daraus erzielt Sommerer, Stuttgart, das Schlußwort. Die Gewerberen, die von der Waffe der Arbeiterschaft geschlagen würden, so als ob sie sich für die Gewerberen interessieren. In den Führern der Gewerberen, dieser konterrevolutionären Führung, einer revolutionären Organisation, seien wir unter Feinde. Mit Hilfe in Deutschland bald fortsetzt, doch mit zugunsten gehen, weil Berlin die Revolutionierung der Massen zu schaffen betreibt. Die gesamte Macht ist nur durchzusehen durch den Zusammenhang mit den Gewerberäumen unter revolutionärer Führung.

Daraus wurde ein Antrag einstimmig angenommen, wonach der Reichskongress sowohl das vorhandene als auch das im Entwurf befindliche Arbeitslosen-Gesetz ohne jede Diskussion ablehnt.

## Der deutsche Bergbau im Oktober 1920

Dem von der Hochgruppe Bergbau des Reichsbundes der deutschen Industrie herausgegebenen Bericht über den deutschen Bergbau entnehmen wir folgendes:

Am Steinlochbergbau ist durchweg eine Förderungssteigerung gegenüber dem Vorjahr und eine beträchtliche Steigerung gegenüber Oktober 1919 erfolgt.

Im Ruhrrevier beträgt die Steinlochbergbau 8 007 000 Tonnen, gegenüber 8 045 901 Tonnen im Oktober 1919.

Im Oberschlesien 2 797 200 Tonnen, gegenüber 2 568 947 Tonnen im Oktober 1919.

Im Riesebachfeld 389 581 Tonnen, gegenüber 381 061 Tonnen im Oktober 1919.

Im Revier Raudau-Bogau-Oelsnitz 389 910 Tonnen, gegenüber 384 454 Tonnen im Oktober 1919.

Die Belegschaftsziffern sind seit Oktober 1919 in allen Revieren beträchtlich gewachsen. Im Ruhrrevier Oktober 1919 438 078 (September 1920: 504 253). In Oberschlesien Oktober 1919: 158 000 (Oktober 1920: 176 000).

Riesebachfelds Erholung im letzten Vierteljahr 1919 auf 87 651; Raudau-Bogau-Oelsnitz auf 38 000 (Oktober 1919: 27 018).

Die Zeitung pro Mann und Schicht ist jedoch nicht gegangen, so beträgt z. B. im Revier Raudau die Steigerung der Förderung 7 Prozent, die Steigerung der Arbeiterschaft 15 Prozent.

Die Wagenstellung genügte durchweg nicht. Also ist um diesen verzögert worden das Ruhrrevier, um schließlich

Am Braunkohlenbergbau hat sich die Förderung durchweg auf der Höhe des Vorjahrs gehalten; beträchtlich wurde hier das Förderergebnis durch den Wagenmann, der bis im Polnischen Bezirk in der zweiten Monatshälfte auf 50 Prozent erhöht. In der rheinischen Braunkohlenindustrie ist eine beträchtliche Vermehrung der Belegschaft seit Oktober 1919 auf 37 000 Mann zu melde.

Die Förderung von Rost ist in den letzten Monaten konstant an Salzen 1 Million Tonnen geblieben, gegenüber den gleichen Monaten des Vorjahrs bedeutet das eine Steigerung von 250 000 Tonnen Sols. Es ist eine starke Absatzförderung zu melden, deren Schub zum Teil der Wagenmanns liegt, der in den ersten beiden Tiefen des Oktobers 77 bis 78 Prozent betrug. Im gesamten Bergbau sind neue beträchtliche Lohnforderungen erhoben und zum Teil befriedigt, ohne daß eine Erhöhung des Kohlenpreises genehmigt worden ist.

Aus dem Gra- und Weißerzbergbau und aus der Gebiet der böhmisches Bergbaulegen genauer Nachweise noch nicht vor.

Die Förderung von Rost ist in den letzten Monaten konstant an Salzen 1 Million Tonnen geblieben, gegenüber den gleichen Monaten des Vorjahrs bedeutet das eine Steigerung von 250 000 Tonnen Sols. Es ist eine starke Absatzförderung zu melden, deren Schub zum Teil der Wagenmanns liegt, der in den ersten beiden Tiefen des Oktobers 77 bis 78 Prozent betrug. Im gesamten Bergbau sind neue beträchtliche Lohnforderungen erhoben und zum Teil befriedigt, ohne daß eine Erhöhung des Kohlenpreises genehmigt worden ist.

Aus dem Gra- und Weißerzbergbau und aus der Gebiet der böhmisches Bergbaulegen genauer Nachweise noch nicht vor.

Die Förderung von Rost ist in den letzten Monaten konstant an Salzen 1 Million Tonnen geblieben, gegenüber den gleichen Monaten des Vorjahrs bedeutet das eine Steigerung von 250 000 Tonnen Sols. Es ist eine starke Absatzförderung zu melden, deren Schub zum Teil der Wagenmanns liegt, der in den ersten beiden Tiefen des Oktobers 77 bis 78 Prozent betrug. Im gesamten Bergbau sind neue beträchtliche Lohnforderungen erhoben und zum Teil befriedigt, ohne daß eine Erhöhung des Kohlenpreises genehmigt worden ist.

Die Förderung von Rost ist in den letzten Monaten konstant an Salzen 1 Million Tonnen geblieben, gegenüber den gleichen Monaten des Vorjahrs bedeutet das eine Steigerung von 250 000 Tonnen Sols. Es ist eine starke Absatzförderung zu melden, deren Schub zum Teil der Wagenmanns liegt, der in den ersten beiden Tiefen des Oktobers 77 bis 78 Prozent betrug. Im gesamten Bergbau sind neue beträchtliche Lohnforderungen erhoben und zum Teil befriedigt, ohne daß eine Erhöhung des Kohlenpreises genehmigt worden ist.

Die Förderung von Rost ist in den letzten Monaten konstant an Salzen 1 Million Tonnen geblieben, gegenüber den gleichen Monaten des Vorjahrs bedeutet das eine Steigerung von 250 000 Tonnen Sols. Es ist eine starke Absatzförderung zu melden, deren Schub zum Teil der Wagenmanns liegt, der in den ersten beiden Tiefen des Oktobers 77 bis 78 Prozent betrug. Im gesamten Bergbau sind neue beträchtliche Lohnforderungen erhoben und zum Teil befriedigt, ohne daß eine Erhöhung des Kohlenpreises genehmigt worden ist.

Die Förderung von Rost ist in den letzten Monaten konstant an Salzen 1 Million Tonnen geblieben, gegenüber den gleichen Monaten des Vorjahrs bedeutet das eine Steigerung von 250 000 Tonnen Sols. Es ist eine starke Absatzförderung zu melden, deren Schub zum Teil der Wagenmanns liegt, der in den ersten beiden Tiefen des Oktobers 77 bis 78 Prozent betrug. Im gesamten Bergbau sind neue beträchtliche Lohnforderungen erhoben und zum Teil befriedigt, ohne daß eine Erhöhung des Kohlenpreises genehmigt worden ist.

Die Förderung von Rost ist in den letzten Monaten konstant an Salzen 1 Million Tonnen geblieben, gegenüber den gleichen Monaten des Vorjahrs bedeutet das eine Steigerung von 250 000 Tonnen Sols. Es ist eine starke Absatzförderung zu melden, deren Schub zum Teil der Wagenmanns liegt, der in den ersten beiden Tiefen des Oktobers 77 bis 78 Prozent betrug. Im gesamten Bergbau sind neue beträchtliche Lohnforderungen erhoben und zum Teil befriedigt, ohne daß eine Erhöhung des Kohlenpreises genehmigt worden ist.







Uebergangszeit, noch durch die Reichsverfassung erlaubt, so gäbe über die Staatszulassigung, den Friedensvertrag und über das Eröffnen der Reichsverfassung hinaus. Daselbe gäbe von der Eröffnung. Die Reichsregierung habe sich in jedem Einzelfall vorbehalten, wenn die Eintrittszeit des Friedensstaates anzunehmen ist. Eine besondere Genehmigung der Verordnung durch das Parlament sei nicht geboten. Die Beschlüsse werden in der Reichsverfassung nur garantiert innerhalb der Grenzen der allgemeinen Rechte.

Deutlichlich schwören gleiche Strafprojekte gegen fast sämtliche Dresdner Tageszeitungen. Die kritische Verordnung ist insbesondere mit Erfahrung ab 31. August 1920 aufgehoben worden.

Die Stadtverschärfen werden sich in ihrer heutigen Sitzung mit den bei Beratung des Haushaltsgesetzes abgetrennten Sachverhalten über die Erhöhung des Sozialabbaus um 20 Pf. für das Ausbildungsjahr vor der Eröffnung. Die Erhöhung der Erhebung einer Zuwendung vom Mindesteinkommen um 10 Pf. für Sozialen steht an der Spitze der drittletzten Organisation die Inspektion Südost in Dresden-L. Schnoorstraße 8. Sie nimmt jede Unterstützung aus den Kreisen des reellen Verkehrs, die einzigen Grund und Boden hat, mit großer Bereitwilligkeit entgegen. Eine sofortige Unterstützung besteht sie bereits in den Eisenbahnbetrieben. Die praktischen Erfolge im Betriebe der Inspektion Südost ergeben sich aus der Tatsache, daß im Oktober von ihren Organen – insgesamt 32 Kontrollen und weniges Interpersonal – mehr als 1.000.000 Kilogramm Schlepper ergänzt und zugunsten des Reiches für sozialen Erfolg waren. In derart 73.200 ausländische Zigaretten, 130.925 Kilogramm Beinöl, 328 Kilo Schnaps, 324 Millipelle, 1000 Kilogramm Süder, 132 Kilo konfektierter Milch usw. Gegen den September, den Anfang der diesjährigen entschiedenen Umstellung in der neuen Richtung, haben sich die Sichten nach Wert und Gewicht etwas verdreist.

Der Bahnhof in Vorstadt Plauen. Der Umbau der Dresden-Thüringer Eisenbahn hat seinen Anfang genommen. Zuerst wird der Hochdamm entlang den Gründen an der Thüringer Straße errichtet werden. Es ist für die Aufnahme von vorläufig nur zwei Gleissträngen geplant, die für die nächsten Jahre den Verkehr befähigen sollen. Daneben bleiben unten Güterzuggleise für die Eisenbahnstrecke im Betrieb, so daß also der Hochdammbetrieb nur auf zwei Gleisen durchgeführt wird. Auch die Hafträume Plauen werden mitgebaut werden. Sie kommt über die Unterführung der Straße Altplauen zu liegen, etwa zwischen dem Höhnen und dem Eisenbahnsteig. Der zweite Bahnhofsbereich wird eingerichtet, wodurch möglich wird, nach der Westseite des Bahndamms vorläufig mit ungehindertem Wechsel zwischen der Bahn und der Eisenbahnstraße liegende Kurve Süß Eisenbahnstraße hat inzwischen eine sehr verbindliches Aussehen erhalten. Das sollte Bild dieser Strecke ist bestätigt worden. Der Bahnhofsbereich ist an dieser Stelle ein sehr reicher, was dafür zeigt, daß die Ausbildung dieses Ueberganges ein dringendes Bedürfnis war.

Ein eigenartiger Unfall hat sich am Dienstag nachmittag in der Wettinerstraße unter der Eisenbahnüberführung an der Hauptbahnhofsvorstadt getragen. Dort ist mit einem hohen Aufschlag verfehlter Wörthmühlengang beseitigt. Seiten der Überführung mit der Überleitung der Straßenbahn in Betrieb genommen, wodurch Kurzschluß entstanden war und die beiden vor den Wagen gelandeten Werke vom dem abgesetzten Strom getroffen wurden. Das eine Werk stellte dabei tödliche elektrische Schläge, so daß man es abschaffen mußte. Das andre Tier erholt sich wieder. Der Rüscher ist untergegangen.

Ein Süß-Dresdner Blattstumpf. Die Ortsgruppe Dresden des Vereins der Blattfreunde beratet am Sonnabend, abends 7½ Uhr, einen Vortragabend im Städtischen Museum. Prof. Otto Drescher spricht über: Ein Süß-Dresdner Blattstumpf. Die Kunstsammlung Wilhelms Hoffmann hat für diesen Vortrag die aus ihrem Werk hervorgegangenen Plakate zur Verfügung gestellt und teilte über erstaunliche Ergebnisse zur Schau auf. Am Sonntag vom vormittag 10 Uhr bis nachmittags 1 Uhr sind die anständigsten des vom A. d. V. aufgeschriebenen Wettbewerbs eingegangene Entwürfe für Briefkästen, Briefumschläge und Einschläge in den Ausstellungsräumen der Firma Emil Holtz u. So., Wilhelmsstraße 31, 2. öffentlich ausgestellt. Ein Eintrittsgehalt wird bei beiden Veranstaltungen nicht erhoben.

Mitteilungsorgane in der Stadt Dresden. Am 27. November werden auf Ausweis 514, der als Voranmeldung bis Sonnabend den 20. November bei einem hiesigen Fleischer abzugeben ist, 250 Gramm Büchsenleber und Blutwurst zu den in der Bekanntmachung enthaltenen Bestimmungen verteilt.

Die Wiederaufnahmestelle bei städtischen Wohnungsbau ist darüber jetzt an der Kreuzkirche 1b, 8. Etage.

Geflüchtete. Die Lebengänge des Arbeiterkreis im lautesten Sprechen beginnen Donnerstag (Anfangschoral) und Mittwoch den 1. Dezember (für Fortsetzung) wieder. – Mitteleuropäischer Gebrauch von Dr. G. E. Schäfer, statt Mittwoch den 17. November (Wochtag) Sonnabend den 20. November, 7 Uhr, in der Studienstätte, Weintraubstraße.

Was schenken wir unseren Kindern? Der überaus zahlreiche Besuch der Ausstellung: Was schenken wir unseren Kindern? und oft gehörte Wünsche des Süßdörfischen Lehrerverein hohen die Verwaltung des Schulmuseums veranlaßt. Sonntag den 21. November das Museum, Sedanstraße 19, 10. bis 2. von 11 bis 1 Uhr öffnen. Prof. Körner, Leiter des Kinderdorfes an der 30. Volksschule, hält Vortrag über: Arbeiten im Kinderdorf.

Internationaler Bund der Kriegsopfer Deutschlands. Gruppe Dresden-Alstadt. Freitag, abends 8 Uhr, im Restaurant Überbräu, Bahnhofstraße 2, 1. Gruppenstiftung. Wichtige Tageordnung: Sachverständiger aller ist Pflicht. Nur Mitgliedsliste berechtigt zum Eintritt.

Vermischte Nachrichten. Den Tod durch Selbstverstüftung erlitten eine in der Mohrenstraße wohnende 47 Jahre alte Witwe und ein in der Comeniusstraße wohnendes 21jähriges Dienstmädchen. Die an beiden angestellten Biedebekleidungsunternehmen blieben erfolglos. Beide erkrankten an Gasvergiftung ein 22 Jahre alter, am Schlägerplatz wohnhafter Lütticher, ein in der Jimmendorfer Straße 18 wohnender 41jähriger Reichsmilitist und ein in der Lütticherstraße 11 wohnender 39 Jahre alter Waler. Die an den letzten drei Personen vorgenommenen Biedebekleidungsverluste hatten Erfolg. – Einen Selbstmordversuch unternahm eine 42 Jahre alte Eisenbahnschließfritz in ihrer am Bischofsweg gelegenen Wohnung. Sie wurde nach 45 Minuten langem Inhalieren wieder zum Leben erweckt und dann nach der Heil- und Eisengärtner übergeleitet.

## Dresdner Umgebung

### Gewerkschaftsversammlung im Plauenschen Grunde

Am Mittwoch hatten sich auf Einladung des Gewerkschaftsvereins Voitschappel im Goldenen Löwen in Voitschappel die Gewerkschaften des Plauenschen Grundes versammelt. Der Saal war überfüllt. Sämtliche Betriebsräte, das Gewerkschaftsamt, alle Gewerkschaftsbeamten und auch die in den Betrieben noch Beschäftigten waren eingeladen. Die Lageordnung lautete: „Die wirtschaftliche Not der Gewerkschaften, und welches sind die Waffen zur Befreiung des Proletariats.“ Der Referent war vorlängigerweise nicht genannt. Es sprach,

als ob man dabei mit einem besonderen Trick arbeitet. Es war nämlich ein Kommunist, Herr Förster aus Berlin, bestellt, der in zweistündiger endloser Rede alles heruntertrifft, was Organisation heißt, und natürlich auch alle Leute, deren politische Stellungnahme ihm nicht paßt: Ledebour und Haale, Scheidemann und Nosse und die verbliebenen Gewerkschaftsbundes wurden ausgiebig mit Dresdner beworfen. Der Redner beschäftigte sich nur in wenigen Standortberichten mit der Arbeitslosentrage, entwickelte im übrigen kommunistische Ideen und forderte den Generalstreik als Dauerzustand. So wird jetzt in Arbeiterversammlungen gearbeitet. Es wird höchste Zeit, daß die Gewerkschaften selbständig ernstlich prüfen, ob sie solche Machinationen weiter dienen wollen.

Großer Mann ging auf die bekannten Forderungen der Gewerkschaften ein. Er gab bekannt, wie sich die Betriebsräte dazu geäußert haben. Einige hatten gar nicht, die anderen ablehnend geantwortet. Besonders zu beachten ist dabei, daß die Gewerkschaften die Arbeitenden zur Durchführung ihrer Forderung zum Generalstreik aufzurufen. Besonders Wert legte man natürlich darauf, wie sich die Gewerkschaften zu dieser Forderung stellen. Um eine Erläuterung dazu abzugeben, war der Große Kanzler vom Gewerkschaftsamt erschienen. Er schrieb, was die Gewerkschaften für die Gewerkschaften bisher geleistet haben und erklärte, daß sie es auch in der Zukunft für ihre Aufgabe ziehen, alles für die Gewerkschaften zu tun, was den Verhältnissen entsprechend gelan werden könnte. Er sprach über den Generalstreik zur Durchführung der Gewerkschaftsforderungen nicht emblichen, möglicherweise abraten, die Idee weiter zu verfolgen. Großer Kanzler hatte keine leichte Aufgabe. Die Mehrzahl der Gewerkschaften betrachtet jedoch die heutige Gewerkschaftsverfassung als ungünstig. Zum Schlusshäuptete ein Herr Hartmann aufgabig Sammlung über die Gewerkschaften und den Großen Kanzler. Man zog vor, ihm gar nicht zu antworten.

Kaufgegut. Kaufgegut werden zunehmend, vorw. von 7 bis 11 und nadem, von 1 bis 3 Uhr, zur Morgenverteilung, infolgedessen Kundenmängel. Kursarbeiter, die Zulassung aus der Gewerkschaftsförderung erhalten, bedientliche Kleinrentner und Pensionäre im Grundstück Carolstraße 1 mit 1 Rentner für Erwachsene und 1/2 Rentner für unterhalbjährigpflichtige Anwärter mit 10 Pf. pro Rentner verlaut. Die Ausweiskarte, Rentenbezeichnung und sonstige glaubwürdige Nachweise sind vorausgesetzt. Die Bezahlung soll vorher, nur freilich nachdem, von 4 bis 6 Uhr, im Kaufhaus, 1. Etage, erfolgen. Bezugsberechtigt sind nur Personen, die keine Kartoffeln bezahlen. Alle Kintowen, welche mit Kartoffeln noch nicht oder nicht hinreichend eingedeckt sind, müssen ihren Bedarf bei der Lebensmittelkassenabholung Dommerberg und Freiberg anmelden. Die Anmeldung kann nur von Erwachsenen eingegangen kommen. Eine Anmeldung zur Lieferung kann jetzt noch nicht erfüllt werden. Die Gemeinde wird jedoch verübt, den Bedarf zu decken. Da die Kartoffeln im freien Land eingetauschen ist, wird sich der Abgabepreis etwas unter dem üblichen Marktpreis bewegen.

Kaufgegut. Elternwahl. Die Wahl zum Elternrat der diesjährigen Schule findet am Sonntag den 21. November, vormittag von 9 bis 12 Uhr, im Gasthof zum Adler, Vereinszimmer, Zimmer, Erdgeschoss, statt. Um 12 Uhr wird die Wahlhandlung geschlossen und beginnt das Auszählung der Stimmen. Es sind beim Vorliegen des Wahlabschlusses vier Wahlvorstände eingespannt. Stimmenzettel in der für die Landtagswahl vorbereiteten Größe, die wenigstens den ersten Namen des Wahlvorstandes enthalten müssen, werden von den Einwohnern des Wahlvorstandes im Wahllokal bereitgehalten. Bei der Wichtigkeit der Angelegenheit ist regne Wahlteilnahme aller Wahlberechtigten Pflicht. Die Zahl zur Einschätzung in die Wahlurne ist bis mit Sonnabend den 20. November verlängert worden und liegt dieselbe während der Dienststunden im Arbeitsmuseum, Führer, 15. aus.

Pillnitz a. d. Elbe. In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag bemerkte der diensthabende Radfahrzeugmann einen größeren Feuerchein nach Osten und weckte pflichtgemäß den Hornstein der Freiwilligen Pillnitzer Feuerwehr. Zehn Minuten später trat die Mannschaft mit dem Feuerwehrhauptmann am Spritzenhaus in Ektion. Als man aber auf den Domäne Pillnitz wie bisher die Pfeile für die Sprühe haben wollte, verweigerte der Inspektor, der neue Herr auf der Domäne Pillnitz, die Pfeile und die bildherrliche Pillnitzer Feuerwehr konnte ihr Werk der Rätschleiste in dieser Nacht nicht ausführen. Höchstwahrscheinlich mag es erst einmal bei dem Inspektor Kreis bremen, damit er bereit ist, daß schnelle Hilfe doppelseitige Hilfe ist. Wenn sich der Herr Inspektor damit entwöhnen möchte, daß er keine Kenntnis davon habe, daß die Domäne verpflichtet ist, bei Feueralarm die Pfeile für die Sprühe zu stellen, so kann diese Entschuldigung nicht gelten, da er ihnen aus Menschheitsgründen dazu verpflichtet ist.

### Aus dem Parteielleben

6. Kreis. Die Genossen, die im 6. Kreis während der Wahl Vorträge gehalten und die Melderverfügung noch nicht bekommen haben, werden erlaubt, ihre Ansprüche recht bald dem Sekretariat des 6. Kreises, Voitschappel, Sörgelsstraße 10, L. mitzutun.

Genossen, Geldbuß, Reich. Im unter morgigen Mitgliederversammlung bei Hausbold spricht Lehrer Willige. Es wird pünktlich 7½ Uhr begonnen. Jährlicher Betrag wird erwartet.

Kaufgegut. Freitag findet unsre regelmäßige Deputatversammlung statt. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

### Gewerkschaftsbewegung

#### Ein kommunistischer Gewerkschaftskongress

Durch ein Rundschreiben mit der Unterschrift „Die gewerkschaftliche Kommission der R. P. D. und U. S. S. R.“ wird eine Konferenz der in den Gewerkschaften und Betriebsräten an herbottagender Stelle tätigen Genossen“ einberufen, die laut Beschluss des kommunistischen Komitees drei Tage vor dem Eingangsvertretertag der R. P. D. und der linken U. S. S. R. also wahrscheinlich am 30. November und 1. Dezember, abgehalten werden soll. Die Konferenz soll Teilnahme 1. zu den Aufgaben der Gewerkschaften in der Revolution, 2. zu der Frage, was die Kommunisten in den Gewerkschaften zu tun haben, und 3. zur Organisierung der kommunistischen Propagandafähigkeit in den Gewerkschaften. An der Konferenz sollen teilnehmen: Aus jedem Centralverband der deutschen Gewerkschaften und aus den auf dem Boden der Dritten Internationale stehenden Unionen mindestens je ein Vertreter; aus jedem Betriebsrat mindestens ein Kommunist und ein Genosse von den linken U. S. S. R. Die Vertreter aus den Centralverbänden sollen den Kern für die zu bildende Reichsleitung abgeben. Die Vertreter aus den Bezirken sollen die Zusammenfassung der kommunistischen Propaganda in den Gewerkschaften innerhalb der Betriebsräte übernehmen.

Die Bezirksssekretariate sollen sich nach möglichem Genossen umsehen, denen man diese Arbeit übertragen kann. Wörtlich heißt es: „Für die gewerkschaftliche Tätigkeit werden sich am besten Angestellte der Gewerkschaften eignen, weil diese die meiste Erfahrung und Zeit für diesen Zweck haben. Die Genossen müssen aber absolut zuverlässig sein.“ Man hat also scheinbar schon die eigene Unfähigkeit entdeckt und versucht nun die so art verfassten Wörter, sofern sie absolut überfällig sind, für seine Zwecke zu verwenden. Es wird die Sammlung der Adressen aller oppositionellen Gewerkschaften und die Einsendung an die Mühlstraße 10 angeordnet, die auch die Adressen der für den Kongress vorgeschlagenen Delegierten erfordert. Es dürfte genügen, auf diese Verschönerungspläne der Kommunisten hinzuweisen, um die Gewerkschaftsmitglieder zu entschwinden Polnahmen zum Schutz ihrer Organisationen zu veranlassen.

### Eine ungenügende Zustimmung

Aus der Bezirksmitgliedschaft Dresden des Verbands der Sozialen und Rendanten wird uns geschrieben. Am 1. Juli wurde vom französischen Minister für Handel und Gewerbe eine Verordnung für den Wiederaufbau des Gewerbes in seinem Betriebe erlassen, da der Wiederaufbau des Gewerbes in den Säulen stellt, welche die ganze Region um die Stadt Dresden und Thüringen umfasst. Die Gewerbe mit seiner Leistungsfähigkeit muss, um die ehemalige Reichsregierung an den Spül stand zu bringen, im Reichsdeutschen 111 auf 101 reduziert werden, aber genau auf 100 Gehilfen 120 Lehrlinge und 100 Winkler. Die ganze Struktur des Wiederaufbaus in Sachen möglicherweise, die heute nur löslich noch durch die Gewerkschaften über Wasser gehalten werden. Sohn aus sein wichtigstes Gründen und bestreiten im Interesse des jungen Leutes, der in seiner Gewerbe aufgewachsen ist, die ehemalige Wirtschaftsministerium um das Beispiel des nachstehenden Beispieles zu überreden, daß sie ebenso leichtlich noch durch die Gewerkschaften gehalten werden kann.

Der Generalverband der Bader und Schönwässer verlangt Verordnung auch für Sochen zu erlassen, da der Wiederaufbau des Gewerbes in den Säulen stellt, welche die ganze Region um die Stadt Dresden und Thüringen umfasst. Die Gewerbe mit seiner Leistungsfähigkeit muss, um die ehemalige Reichsregierung an den Spül stand zu bringen, im Reichsdeutschen 111 auf 101 reduziert werden, aber genau auf 100 Gehilfen 120 Lehrlinge und 100 Winkler. Die ganze Struktur des Wiederaufbaus in Sachen möglicherweise, die heute nur löslich noch durch die Gewerkschaften gehalten werden kann.

Die Gewerkschaften sind bestreit, daß sie ebenso leichtlich noch durch die Gewerkschaften gehalten werden kann.

Die Gewerkschaften sind bestreit, daß sie ebenso leichtlich noch durch die Gewerkschaften gehalten werden kann.

Die Gewerkschaften sind bestreit, daß sie ebenso leichtlich noch durch die Gewerkschaften gehalten werden kann.

Die Gewerkschaften sind bestreit, daß sie ebenso leichtlich noch durch die Gewerkschaften gehalten werden kann.

Die Gewerkschaften sind bestreit, daß sie ebenso leichtlich noch durch die Gewerkschaften gehalten werden kann.

Die Gewerkschaften sind bestreit, daß sie ebenso leichtlich noch durch die Gewerkschaften gehalten werden kann.

Die Gewerkschaften sind bestreit, daß sie ebenso leichtlich noch durch die Gewerkschaften gehalten werden kann.

Die Gewerkschaften sind bestreit, daß sie ebenso leichtlich noch durch die Gewerkschaften gehalten werden kann.

Die Gewerkschaften sind bestreit, daß sie ebenso leichtlich noch durch die Gewerkschaften gehalten werden kann.

Die Gewerkschaften sind bestreit, daß sie ebenso leichtlich noch durch die Gewerkschaften gehalten werden kann.

Die Gewerkschaften sind bestreit, daß sie ebenso leichtlich noch durch die Gewerkschaften gehalten werden kann.

Die Gewerkschaften sind bestreit, daß sie ebenso leichtlich noch durch die Gewerkschaften gehalten werden kann.

Die Gewerkschaften sind bestreit, daß sie ebenso leichtlich noch durch die Gewerkschaften gehalten werden kann.

Die Gewerkschaften sind bestreit, daß sie ebenso leichtlich noch durch die Gewerkschaften gehalten werden kann.

Die Gewerkschaften sind bestreit, daß sie ebenso leichtlich noch durch die Gewerkschaften gehalten werden kann.

Die Gewerkschaften sind bestreit, daß sie ebenso leichtlich noch durch die Gewerkschaften gehalten werden kann.

Die Gewerkschaften sind bestreit, daß sie ebenso leichtlich noch durch die Gewerkschaften gehalten werden kann.

Die Gewerkschaften sind bestreit, daß sie ebenso leichtlich noch durch die Gewerkschaften gehalten werden kann.

Die Gewerkschaften sind bestreit, daß sie ebenso leichtlich noch durch die Gewerkschaften gehalten werden kann.

Die Gewerkschaften sind bestreit, daß sie ebenso leichtlich noch durch die Gewerkschaften gehalten werden kann.

Die Gewerkschaften sind bestreit, daß sie ebenso leichtlich noch durch die Gewerkschaften gehalten werden kann.

Die Gewerkschaften sind bestreit, daß sie ebenso leichtlich noch durch die Gewerkschaften gehalten werden kann.

Die Gewerkschaften sind bestreit, daß sie ebenso leichtlich noch durch die Gewerkschaften gehalten werden kann.

Die Gewerkschaften sind bestreit, daß sie ebenso leichtlich noch durch die Gewerkschaften gehalten werden kann.

Die Gewerkschaften sind bestreit, daß sie ebenso leichtlich noch durch die Gewerkschaften gehalten werden kann.

Die Gewerkschaften sind bestreit, daß sie ebenso leichtlich noch durch die Gewerkschaften gehalten werden kann.

Die Gewerkschaften sind bestreit, daß sie ebenso leichtlich noch durch die Gewerkschaften gehalten werden kann.

Die Gewerkschaften sind bestreit, daß sie ebenso leichtlich noch durch die Gewerkschaften gehalten werden kann.

Die Gewerkschaften sind bestreit, daß sie ebenso leichtlich noch durch die Gewerkschaften gehalten werden kann

Am 17. November verstarb nach langem, willensstark ertragenem Leiden unser Braumeister

## Herr Johannes Frohnert.

Sein viel zu frühes Hinscheiden betrübt uns tief. Er war uns ein freundlicher, geschätzter Mitarbeiter, ein liebevoller, gerechter Vorgesetzter, dessen rastlose Schaffensfreudigkeit uns vorbildlich bleiben wird.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

### Das Personal der Societätsbrauerei Waldschlößchen.

Nachdem die Mensch und Menschenrechte in dem Dritten Reich, Waldschlößchen und Waldschlößchen eine schwere Niedergang angenommen hat, werden diese beiden Gemeinden als Spezialreiche bestimmt.

Die Zahlung der Abgabenfeste gewahrt 151 und 164 der Bundesrechtsverordnung vom 1. Dezember 1912, § 5 Nr. 10 allenfalls

nochmal zu beschließen.

Dresden-Reichenbach, am 18. November 1920.

II 10  
28 V 1g — Die Umtshauptmannschaft.

Unter dem Siegelverschluß des Oberbauräters Paul Höhmann in Ober-

reichen, Hobingen 11, wurde der Ausdruck der Mensch und Menschenrechte bestimmt.

Als Spezialreiche haben sämtliche Grundzüge des Hobingen und als

Gesetzgebungsrecht der übrige Ortsteil von Oberreichen zu gelten.

Dresden-Reichenbach, den 18. November 1920.

II 10  
28 V 1g — Die Umtshauptmannschaft.

### Gleichverfügung im Bezirk der Umtshauptmannschaft Dresden-Reichenbach einschließlich der Stadt Radeberg.

Auf die Mode vom 15. bis 28. November 1920 erhalten auf die Fleischbeschaffung über 6 Jahre:

125 Gramm Fleischstück für 1.40 M.

Verloren bis zu 6 Jahren:

60 Gramm Fleischstück für 1.75 M.

Verkaufszeit einer Tafel an die Verbraucher 21.10. M.

Wieder 12 der Dienstleistungswerte noch in dieser Mode mit

25 Gramm amerikanischem Schweinefleisch für 5.00 M.

20 Gramm Butter für 0.10 M. oder

20 Gramm Schmalzschmalz für 0.10 M.

Dresden-Reichenbach, am 18. November 1920.

Umtshauptmannschaft Dresden-Reichenbach.

### Gleichverfügung in der Stadt Dresden.

Bei Kostümen 514 Familien Lebensmittelarten der Stadt Dresden werden verteilt:

250 Gramm Büchsenleber- und -blutwurst.

2. Vorstellung bei einem kleinen Geldbetrag bis

Kommend am 20. November 1920.

3. Wagnabe der Umtshauptmannschaft bis inselnd Dienstag der 22. November 1920.

Nachstellungen sind von der Beleidung ausgeschlossen.

1. Beleidung Sonnabend den 27. November 1920.

2. Verkaufszeit 0.15 M. für das angekündigte Stück, 0.10 M. für

20 Gramm 0.05 M. für die ganze Tafel mit einem Gehalt von ungefähr

Gramm. 1920.

Die Veranstellung verzweigt abdingt auch zur Abnahme.

Dresden, am 18. November 1920. Der Rat in Dresden.

### Birna.

Die Veranstellung der Wohnungsstellen auf Einwohnerneuerantragung 1920/21 ist im Gang. Die Wohnungsstellen sind von jedem Wohnungsgebäude und von jedem Balkon einer gleichmäßigen Wohnung nach dem Stande vom 15. November 1920 aufzuführen und jüdischen bis zum 20. November 1920 beim Bürgermeister oder seinen Stellvertretern zu übergeben.

Jeder Bewohner eines bewohnten oder unbewohnten Gebäudes bildet einen Grund-

hau und sein Besitzes hat für die rechtzeitige Ablieferung der entsprechenden

und unterschlechten Wohnungsstellen. Beobachtung, welche der Bewohner

der Wohnungsbewohner nicht mehr in der Wohnung befinden, so lange und die Wohnungsbewohner sind einzeln

zu kennzeichnen und zu nummerieren. Abhanden kann für jedes der

Wohnungsbewohner eine Wohnung unter Bezeichnung des Vermietungsbuches

auszugeben und der Vermietungsbuchbogen steht den

Wohnungsbewohner nicht mehr als 25 Minuten, bei Bedienungszeit

die Wohnungsbewohner für jedes Beauftragte vergeben werden.

Bürobedienstete haben die Aufsicht der Ausstellung zu gestalten.

Der Rat in Birna, am 18. November 1920.

Der Rat in Birna.

### Schaufensterbeleuchtung.

Seitdem der Verkaufsstand des Reichskommissars für die Straßenbeleuchtung vom 9. September 1918 nicht wieder vom 1. März 1920 wurde auf

grund der Auslieferungsrichtlinie des Reichskommissars für die Straßenbeleuchtung vom 8. Juli 1920 wird für die Stadt Birna mit dem Kommissar der Verwaltung für Gas und Elektricität unter Aufhebung der Beleuchtungssatzung vom 22. Oktober 1920 und des Anfang 3 der Beleuchtungssatzung vom 13. Dezember 1918 folgendes mit folgender Wirkung angeordnet:

Alle Beleuchtung der Schaufenster und Schaufenster mit Außenanlagen dürfen bei elektrischer Beleuchtung für jede angebrachte 5-Zentimeter-Glühlampe nicht mehr als 25 Normallampen, bei Gasbeleuchtung eine Gasnormallampe für jedes Beauftragte vergeben werden.

Bürobedienstete haben die Aufsicht der Ausstellung zu gestalten.

Der Rat in Birna, am 18. November 1920.

Der Rat in Birna.

1. Der Antrag der Grün- und Weißfarbenen Arbeit nach den höheren

Farbenen und den höheren Farbenen und den höheren





# Aus dem Wirtschaftsleben

Der Stand unserer Währung ist noch wie vor sehr schlecht, wenn er sich in den letzten Tagen auch wieder um eine Kleinigkeit gebessert hat. Am 18. November wurden für einen Dollar im Berlin 83,98 R. geboten. Der höchste Stand, den der Dollar im Februar erreicht hatte, war 103, indirekt der Dollar im Mai auf 84,75 gefunden war. Sehr weit sind wir jetzt von dem

## Höchststand im Februar

nicht entfernt. Zur Steigerung der Teilstufen am den deutschen Börsen sollen Berichte über eine Notenabsenkung, die Stellbewegung sowie die Ankündigung einer 9 Millionen Vorlage zur Verbilligung von Wert für die Bedienung beigebracht haben. Werner soll viel in den Devisen spekuliert werden, und westdeutsche Industriekreise haben Devisen, vor allen Dingen den Dollar, in großen Beträgen aufgekauft. Die Reichsbank gibt nur in geringem Umfang Devisen ab, sie behält offenbar die Devisen, aber die sie verfügt (es sollen 3 Milliarden Mark sein), zurück, um damit die Kosten der Devisenmittelpreis zu senken. Im maßgebenden Kreis soll man davon glauben, daß der wesentliche Rückgang der Mark bald eine Erholung bringt machen wird. Gewiß ist es möglich, daß vorübergehend wieder einmal der Kurs der Mark in die Höhe geht, aber im allgemeinen wird die abwartende gesetzliche Tendenz so lange anhalten, als die Ursachen des Sinkens der Mark nicht beseitigt sind. Solange in Deutschland keine Papiergefäßblüte immer noch frisch und solange wir eine positive Zahlungsbilanz haben und somit mit Sicherstellung an das Ausland immer größer wird, ist nicht nur seine Stabilisierung des Marktpfades möglich, sondern es muß auch damit gerechnet werden, daß die Währung wieder von neuem sinkt; leider vermehrt sich die Krise unseres Papiergebäudes fortwährend weiter. Während vor einem Monat rund 75 Milliarden Kontowerte und Darlehensflosse im Umlauf waren, sind wir nach dem letzten Reichsbankausweis bei einem Papiergebäudenlauf von 703,5 Milliarden angelangt.

In der vergangenen Woche hat in Berlin ein deutscher Außenhandelsbericht stattgefunden, in dem der Gesamtdr. Trennfelder vom Reichswirtschaftsministerium über

## Die Außenhandelskontrolle

sprach. Er führt u. a. aus: Die Lage Deutschlands sei in höchstem Maße gefährdet und bedeuten müßten die Beschränkungen des Außenhandels über das bei andern europäischen Ländern übliche Maß hinausgehen. Alle Ausgaben müssen von der Einheit ferngehalten werden, aber auch die Außenhandelskontrolle sei notwendig. Wenn wir unsre Währungsreserve nicht dem jeweiligen Valutawert anpassen, so würden wir die Rückwirkungen, die von den Schwankungen unserer Währung ausgehen, auf alle Märkte der Welt tragen. Der Grundbegriff der Außenpolitik, unser Währungspolitik den Weltmarktpreisen anzupassen, würde allgemein gebilligt. Das freie Spiel der Kräfte würde die Interessen der Allgemeinheit bei dem Außenhandel nicht in dem Maße wahrnehmen, wie es notwendig ist.

Man kann nur hoffen, daß trotz dem Geschehens der Interessentenkreise die Regierung an der Außenhandelskontrolle und an den Ausfuhrabgaben festhält. Wie die Ausfuhr frei war, hat sich gezeigt, daß ohne Außenhandelskontrolle deutsche Waren noch dem Ausland übertragen werden. Dadurch entsteht aber die Gefahr, daß Gegenmaßnahmen der fremden Staaten herbeigeführt werden. Werner habe wir dazu Ordnung für die Waren, die wir nach dem Ausland ausführen, feste zu nehmen, wie wir irgend bekommen können, denn je höher die Preise der von uns ausgeführten Waren sind, um so größer wird auch der Vertrag der Devisen, der uns zur Bezahlung unserer Einfahrt zur Verfügung steht. Außerdem sollten durch die Ausfuhrabgaben die Überschüsse, die bei schlechtem Währungszustand durch die ausländischen Industriellen oder Kaufleute gemacht werden, dem Vieh angeführt werden. Ein Ziel, das freilich durch die bestehenden Ausfuhrabgaben nur recht ungerecht erreicht wird. Auf diese Weise könnte auch verhindert werden, daß die Inlands-

produkte der Waren auf die Höhe der Preise steigen, die bei der Ausfuhr für die Waren beim Export regt werden. Der Außenhandelskontrolle ist um so notwendiger, als der Bedarf an ausländischen Zahlungsmitteln vorwiegendlich in diesem Jahre besonders groß sein wird, weil wir beträchtliche Mengen Getreide einführen müssen. Nach den vorliegenden Schätzungen ist die Getreideernte in diesem Jahre sehr ungünstig.

## Der Getrag der Kräfte

an Getreide in Preußen wird auf 6,300 Millionen Tonnen geschätzt, gegen 7,000 und 7,272 in den beiden Vorjahren, also auf rund 700.000 bzw. 870.000 Tonnen weniger. Gelingen ist die Kartoffelernte bedeutend besser als im Vorjahr; der Kartoffelertrag wurde in Preußen auf 20,436 Millionen Tonnen geschätzt, gegen 14,902 Millionen Tonnen im Jahre 1919 und 17,213 im Jahre 1918. Der Getrag an Zuckerrüben wurde auf 6,017 Millionen Tonnen geschätzt, gegen 4,842 im Jahre 1919. Die Erhöhung der Rübenanbaufläche ist die Erzeugerfolge hier auch tatsächlich der Rückgriff auf die Zuckerrüben zu führen. Im maßgebenden Kreis soll man davon glauben, daß der wesentliche Rückgang der Mark bald eine Erholung bringt machen wird. Gewiß ist es möglich, daß vorübergehend wieder einmal der Kurs der Mark in die Höhe geht, aber im allgemeinen wird die abwartende gesetzliche Tendenz so lange anhalten, als die Ursachen des Sinkens der Mark nicht beseitigt sind. Solange in Deutschland keine Papiergefäßblüte immer noch frisch und solange wir eine positive Zahlungsbilanz haben und somit mit Sicherstellung an das Ausland immer größer wird, ist nicht nur seine Stabilisierung des Marktpfades möglich, sondern es muß auch damit gerechnet werden, daß die Währung wieder von neuem sinkt; leider vermehrt sich die Krise unseres Papiergebäudes fortwährend weiter. Während vor einem Monat rund 75 Milliarden Kontowerte und Darlehensflosse im Umlauf waren, sind wir nach dem letzten Reichsbankausweis bei einem Papiergebäudenlauf von 703,5 Milliarden angelangt.

In der vergangenen Woche hat in Berlin ein deutscher Außenhandelsbericht stattgefunden, in dem der Gesamtdr. Trennfelder vom Reichswirtschaftsministerium über

## Zu der

## Eisen- und Stahlindustrie

hat sich die Krise seit dem Sommer nicht gebessert, die Zurückhaltung der Industrieverbraucher hielt weiter an, aber auch die Nachfrage des Auslandes ließ nach. Die Kohlenknappheit verschärft sich und die Leistungsfähigkeit der Werke blieb unter 50 Prozent zurück. Ein Oberstufen haben allein 15 hochwertige Betriebe gefragt werden müssen. Die Erwerbung war beständig; französisch beliefernde Minette wuchs in einem Umfang von etwa 125.000 Tonnen monatlich eingeschafft. Auf dem Schrotmarkt sind die Preise gestiegen, doch machte es gleich sonst ein Teil der Zuckerrübenwerke für den menschlichen Verbrauch verloren.

## Die Kleinenindustrie

leidet unter ungünstigen Rohstoffbedingungen; die Betriebe sind teilweise zur Umstellung auf Braunkohle genötigt, doch sind derartigen Umstellungen durch ihre Kostenbelastung gezogen. In der Textilindustrie gefährdet die Krise im Oktober ähnlich; die verschärfte Bezeichnung der Textilindustrie hat zum großen Teil für den Zeit dieses Jahres mit Ausfällen verantwortet. In der chemischen Industrie ist eine wesentliche Verschärfung des Geschäftsganges nicht eingetreten, die Nachfrage aus dem Inlande haben nicht zugenommen, dagegen möchte sich ein größerer Absatz von chemischen Produkten nach dem Auslande bewirken.

Die Zusammensetzungbewegung in der Industrie macht weitere Fortschritte. Die Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft und die Siemens- & Halske A.-G. wollen den

## Vereinigten Lausitzer Glaswerken, A.-G.

ein wichtiges Zwischenprodukt für die Glühlampenfabrikation, nämlich die Glaskörper, herstellen, ein Angebot auf Verbindung der Gesellschaft mit den Glühlampenunternehmungen der beiden großen Elektrofirmae fortgeschritten machen. Die Betriebe der Vereinigten Lausitzer Glaswerke, die für die Glühlampenfabrikation von Bedeutung sind, sollen der Oderamt Kommanditgesellschaft angegliedert werden, an der die A.-G. und Siemens & Halske beteiligt sind. Hier jeder Teil der Vereinigten Lausitzer Glaswerke soll eine A.-G. und eine Siemens-Aktie und außerdem noch eine Beteiligung von 750 R. geleistet werden. Die A.-G. war auch bisher schon an den Betriebigen Lausitzer Glaswerken interessiert. Die unter Stimmrecht einfließende Sechs Minister Schenck hat eine Interessengemeinschaft mit dem Ehemaligen Bergwerksverein König Wilhelm abgeschlossen. Der Vertrag soll der Sechs Minister Schenck die Möglichkeit geben, einen Teil der Beteiligung von König Wilhelm in Rahmen ihrer Beteiligungsbeteiligung beim Rohstoffboden zu ver-

wenden. Die Beteiligungsbeteiligung beim Schenck reicht nicht von dem Rohstoff- und Rohstoffboden der von der Stimmrechten Gruppe bis zum Zeit angelaufenen Werke zu reichen. Die Stimmrechte Gruppe garantiert für die Vertragshälften von 25 Jahren den Abzehr von König Wilhelm eine Mindestbeteiligung bei dem 10 Prozent bei gewöhnlichen und 20 Prozent für die Vorzugabteilungen.

Die Mannesmann-Währungsreserve wollen, wie sich aus dem 20 Prozent Dividende verteilen. Das gesetzliche Gesellschaftsvertrag ist zum Teil auf die bessere Arbeitsleistung der Betriebschichten auf den Betrieb und Betriebsgerichten zurückzuführen. Die Werke der Gesellschaft im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sind in der Betriebschichten länderen Betriebsunterbrechungen berichtet worden. Die Sozialrechte der Gesellschaften hingegen bitten darum, daß die Gehaltsabstufung von 10% ganz in das Werk der französischen Betriebe geht und die Vergütung mit Kohle ganz unverändert wegbleibt. Die Werke in Düsseldorf und Januar 1920 zum 20% erhöht und zusammen mit einer französischen Gruppe in einem besonderen Unternehmen weitergeführt werden. Die Werke werden in Paris unter der Firma „Société des Acieries et Usines de la Sarre“ mit dem Sitz in Paris betrieben. Die neue Gesellschaft beläuft sich auf 10 Millionen Kronen, von denen die französische Gruppe 60 Prozent übernimmt, während 40 Prozent in den Besitz der Mannesmannwerke bleiben.

**Die Nationalbank für Deutschland**  
hat ihren Einflussbereich erweitert, indem sie mit der Holländischen Staatsbank einen Auslandsvertrag abgeschloß. Für eine Holländische wird eine Nationalbankstelle nebst 350 R. in der gegeben. Die Holländische hat neben dem Hauptamt noch drei Filialen, benannt solche in Hamburg, Bremen und Lübeck, außerdem noch einhundert kleinere Betriebsstellen in Holland. Das Grundkapital der Gesellschaft im Holländischen beträgt 9,5 Millionen R. Der Rest vor kurzem kommt bei einer Ausdehnung der Deutschen Bank durch Fusion mit weiteren Provinzialbanken betrachtet. Die Entwicklung geht immer mehr dahin, daß die Gesellschaft über das ganze Landesgebiet in steigendem Maße in die Hände der Berliner Großbanken kommt.

Es ist jetzt an der Logosbank, daß unsre Währungsschwäche

## Borgungskästen

mit erheblichem Stimmenrecht ausgetragen. Das gesetzlich angeblich bestimmt die Gesellschaft vor Übernahme zu schließen, um zu verhindern, daß deutsche Unternehmen unter ausländische Besitz gelangen. Die Ausgabe von Borgungskästen hat aber natürlich die Folge, daß die Befürworter der Borgungskästen — häufig ein oder mehrere Großaktionäre — die unbefriedigte Herzlichkeit über die Allgemeinheit bestimmen, die übrigen Aktionäre praktisch jedoch vollkommen rechtlos werden. Über einen unbekannten Fall berichtet in Berliner Korrespondent der Frankfurter Zeitung: Die Gerichtsmeile & Renner u. Co. in Hamburg haben für 1.250.000 R. Ausgabestellung mit gehobenem Stimmenrecht ausgetragen. Diese Aktie im Norddeutschen Lloyd und Hamburg-Güterschiff übergeben worden. Dazu gefordert Kapital befindet sich aber in den Händen der Renner & Co., so daß tatsächlich die Direktion der Renner & Co. die Vergütung über die Borgungskästen hat. Mit den Borgungskästen soll nur eine Ausgabe von 25 Prozent gefordert werden, mit dieser Erfüllung in absehbarer Zeit nicht in Aussicht genommen ist. Da die Borgungskästen ebenfalls Stimmenrecht haben wie das übrige Kapital von 12.500.000 R., darf die Befürworter der Borgungskästen — häufig ein oder mehrere Aktienaktionäre — die unbefriedigte Herzlichkeit über die Allgemeinheit bestimmen. Nicht viel anders, wie hier bei der Renner & Co. dürfte es bei vielen anderen Aktiengeellschaften liegen, wo die Aktienaktionäre auch dann nichts mehr durchsetzen können, wenn sie ja nicht um die Angelegenheiten ihrer Aktiengesellschaft kümmern als in der Generalversammlung entscheiden. Wenn sich auch der Zeit in den Unternehmungen unserer Aktiengesellschaften häufig auf eine größere Zahl Neuer und mittlerer Kapitalien verteilt, die Herkunft liegt in den Händen einiger weniger Großkapitalisten.

# DRAGOL Eau de Cologne-SEIFE

Erstklassige, bevorzugte Qualitätsmarken von der Gesichtshaut verjüngender, die Kopfnerven belebender, wohltuender Wirkung.

Zur Pflege von Haar, Haut, Mund und Zähnen sind ferner hervorragend bewährt die weiteren Dragol-Spezialitäten: Dragol-Gold, Dragol-Smaragd, Dragol-Tiershampoo, Dragol-Hautcreme, Dragol-Altvendelwasser, Dragol-Nagellack, Dragol-Mundwasser und Zahnpasta. — Erhältlich in allen einschlägigen Geschäften.

**Dragol-Ges. Goetze & Co., Dresden-A. 24**

Generalvertreter für die Kreishauptmannschaften Dresden und Bautzen: Holmut Hänsel, Dresden-A. 19, Pohlstraße 7. — Tel. 91317.

Annahme verzinslicher Bareinlagen.  
An- und Verkauf von Wertpapieren.  
Hinterlegungstelle v. Wertpapieren  
zwecks Einlösung von Zins- und  
Gewinnantellechein.

An- v. Verkauf fremder Geldsorten.  
Scheckverkehr.

## Dresdner Handelsbank

Aktiengesellschaft

Ostra-Allee 9 (im Hause d. Kaufmannschaft), Schlesisches Torring 7,  
Wellenstr. 56 (Kaufmarkthalle), Eliasplatz 8, Kaiserstr. II.

Einziehung u. Ankauf von Wechseln.  
Kreditverkehr gegen Wertpapiere  
und Waren.

Vermietung von feuer- u. einbruchs-  
sicheren Stahlfächern unter  
Vorschluß des Mieters und Mit-  
verschluß der Bank.

## Altmetalle, Zeitungen

Zeitungsschriften 1.-, Bilder 0,50, Zeitungen  
1,50, Zeitungsschriften bis 0,50 sowie Ausgaben aus  
Sammelnummern bis 0,50.

**Störer,** Villenstraße 19, Galenstraße 8, Ecke

**Reichenberg**, Seestraße 10, Nähe  
Borsigstraße 10, „Noppenband“ 8, 10, 12, 14, 16, 18, 20, 22, 24, 26, 28, 30, 32, 34, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 48, 50, 52, 54, 56, 58, 60, 62, 64, 66, 68, 70, 72, 74, 76, 78, 80, 82, 84, 86, 88, 90, 92, 94, 96, 98, 100, 102, 104, 106, 108, 110, 112, 114, 116, 118, 120, 122, 124, 126, 128, 130, 132, 134, 136, 138, 140, 142, 144, 146, 148, 150, 152, 154, 156, 158, 160, 162, 164, 166, 168, 170, 172, 174, 176, 178, 180, 182, 184, 186, 188, 190, 192, 194, 196, 198, 200, 202, 204, 206, 208, 210, 212, 214, 216, 218, 220, 222, 224, 226, 228, 230, 232, 234, 236, 238, 240, 242, 244, 246, 248, 250, 252, 254, 256, 258, 260, 262, 264, 266, 268, 270, 272, 274, 276, 278, 280, 282, 284, 286, 288, 290, 292, 294, 296, 298, 300, 302, 304, 306, 308, 310, 312, 314, 316, 318, 320, 322, 324, 326, 328, 330, 332, 334, 336, 338, 340, 342, 344, 346, 348, 350, 352, 354, 356, 358, 360, 362, 364, 366, 368, 370, 372, 374, 376, 378, 380, 382, 384, 386, 388, 390, 392, 394, 396, 398, 400, 402, 404, 406, 408, 410, 412, 414, 416, 418, 420, 422, 424, 426, 428, 430, 432, 434, 436, 438, 440, 442, 444, 446, 448, 450, 452, 454, 456, 458, 460, 462, 464, 466, 468, 470, 472, 474, 476, 478, 480, 482, 484, 486, 488, 490, 492, 494, 496, 498, 500, 502, 504, 506, 508, 510, 512, 514, 516, 518, 520, 522, 524, 526, 528, 530, 532, 534, 536, 538, 540, 542, 544, 546, 548, 550, 552, 554, 556, 558, 560, 562, 564, 566, 568, 570, 572, 574, 576, 578, 580, 582, 584, 586, 588, 590, 592, 594, 596, 598, 600, 602, 604, 606, 608, 610, 612, 614, 616, 618, 620, 622, 624, 626, 628, 630, 632, 634, 636, 638, 640, 642, 644, 646, 648, 650, 652, 654, 656, 658, 660, 662, 664, 666, 668, 670, 672, 674, 676, 678, 680, 682, 684, 686, 688, 690, 692, 694, 696, 698, 700, 702, 704, 706, 708, 710, 712, 714, 716, 718, 720, 722, 724, 726, 728, 730, 732, 734, 736, 738, 740, 742, 744, 746, 748, 750, 752, 754, 756, 758, 760, 762, 764, 766, 768, 770, 772, 774, 776, 778, 780, 782, 784, 786, 788, 790, 792, 794, 796, 798, 800, 802, 804, 806, 808, 810, 812, 814, 816, 818, 820, 822, 824, 826, 828, 830, 832, 834, 836, 838, 840, 842, 844, 846, 848, 850, 852, 854, 856, 858, 860, 862, 864, 866, 868, 870,